

## **Sozialpolitik im Brennpunkt**

Gewichtige Geschäfte rund um die soziale Sicherheit waren in dieser Session traktandiert. Es standen erneut die Sofortmassnahmen im Gesundheitswesen auf dem Programm. Die Strukturreform der beruflichen Vorsorge galt es abzuschliessen. In der Beratung der 11. AHV-Revision wollte man einen Schritt weiterkommen und die Sanierung der Arbeitslosenversicherung sollte nun an die Hand genommen werden. Ein anders Thema aber dominierte die Gespräche rund um den Ratsbetrieb: das Abstimmungsergebnis zur Antiminarett-Initiative vom 29. November.

### **Transparenz mit Islam-Bericht!**

Was wollte die Bevölkerung mit ihrem Ja zum Ausdruck bringen? Sicher war es ein deutliches Zeichen, dass in der Schweiz keine rechtsstaatlichen Verfehlungen toleriert werden. Ich habe den Bundesrat am Tag nach der Abstimmung mit einem Vorstoss dazu aufgefordert, einen umfassenden Bericht über die Muslime in der Schweiz zu erstellen. Damit soll vor allem Transparenz geschaffen werden über tatsächlich existierende Missstände wie Hassprediger, Scharia Recht, Zwangsheiraten, Mädchenbeschneidungen, Verhüllungszwang und schulische Dispensationen. Es sollen bestehende Massnahmen, deren Nutzen und allfällige Gesetzeslücken aufgezeigt werden. Auf dieser Sachebene wird die Schweiz über einen konstruktiven Dialog den Weg für eine bessere Verständigung finden. Letztlich muss es das Ziel bleiben, Artikel 72 der Bundesverfassung so zu optimieren, dass die Religionsfreiheit wieder gegeben ist.

### **Arbeitslosenversicherung jetzt sanieren!**

Während in der Strukturreform der beruflichen Vorsorge ein zaghafter Schritt zur Flexibilisierung gelang, wurde die 11. AHV-Revision aus der Traktandenliste gekippt und somit erneut vertagt. Nägel mit Köpfen wurden hingegen bei der Revision der Arbeitslosenversicherung gemacht. Das ist auch nötig, klappt doch hier ein Loch von rund 10 Milliarden in der Kasse. Ohne Korrektur kommt jährlich eine weitere Milliarde hinzu. Eine schlechte Vorlage kam aus der vorberatenden Kommission: dank den Enthaltungen der FDP plädierte die Mehrheit für Rückweisung. Das Geschäft wurde dennoch besonnen beraten. Es geht grundsätzlich darum, einnahmenseitig die Lohnkostenbeiträge zu erhöhen und ausgabenseitig die Leistungen zu redimensionieren. Wichtig zu wissen: diese Revision soll im Jahr 2012 in Kraft treten. Es geht also nicht darum, in der aktuellen Wirtschaftskrise Kürzungen vorzunehmen, sondern dieses Sozialwerk für die Zukunft zu rüsten. Der Nationalrat hat nun in einer ersten Fassung einen klaren Sparkurs vorgelegt. Der Ständerat wird wohl an der einen und anderen Stelle noch Korrekturen anbringen.

### **Gesundheitsregionen braucht das Land!**

Auch in dieser Session debattierte der Nationalrat über mögliche Sofortmassnahmen zur Eindämmung der Gesundheitskosten. Praktisch über Nacht zauberten die Leistungserbringer die Idee hervor, alle dringlichen Massnahmen fallen zu lassen, und sich der Diskussion langfristiger Reformen zuzuwenden. Darauf trat der Rat zum Glück nicht ein. Wir sagen: das eine tun und das andere nicht lassen. Ohne Sofortmassnahmen erwartet uns im nächsten Jahr der gleiche Prämienschub wie im 2009. Bei den Sofortmassnahmen geht es vor allem um integrierte Versicherungsmodelle, die über differenzierte Kostenbeteiligung gefördert werden sollen, um die Verankerung von Telemedizin als niederschwelliges Gesundheitsangebot und um die Senkung der Generikapreise. Langfristig muss es das Ziel sein, in der

Schweiz sieben Gesundheitsregionen zu bilden, die koordiniert eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen.

### **Klimaschutz braucht die Welt!**

Nicht nur in Kopenhagen, auch in der Schweiz werden ökologische Zeichen gesetzt. Der Nationalrat stimmte einer Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung auf 0,9 Rappen pro Kilowattstunde für erneuerbare Energien zu. Mit diesem Entscheid kann das Geschäft wohl in der nächsten Session definitiv verabschiedet werden. Damit wird der Weg frei für die Bewilligung bereits eingereicherter Projekte, die bisher in der Warteschlange bleiben mussten. Der grosse Ansturm an Projekten mit erneuerbaren Energien konnte mit den vorhandenen Mitteln nämlich bisher nicht finanziert werden. Dies ist wirtschaftspolitisch gerade jetzt ein wichtiges Signal: kleine und mittlere Unternehmen in der Schweiz, die erneuerbare Technologien entwickeln und anbieten, dürfen sich auf weitere Aufträge freuen.

### **Aus der Krise in die Zukunft!**

Ein Glanzlicht in dieser Session war die Wahl unserer Bundesrätin Doris Leuthard zur Bundespräsidentin. Eine schwierige Aufgabe erwartet sie. Nach einem Jahr, das von aussenpolitischen Schwierigkeiten geprägt war, wird es im 2010 wohl innenpolitische Herausforderungen geben. Die steigende Arbeitslosigkeit wird die Solidarität in unserem Land auf die Probe stellen. Doris Leuthard ist hier die richtige Person am richtigen Ort. Sie wird mit ihrer positiven Ausstrahlung und ihrem Optimismus wesentlich dazu beitragen, die Schweiz aus der Krise führen. Davon bin ich überzeugt!